

Schulterklopfen

Erneut Angriff auf Bundeswehr bei Kundus

Acht verletzte Soldaten, einer davon schwer verletzt. Luftangriff im Norden Afghanistans

Washington - Bei zwei Angräben auf Kundus am Mittwoch, 16. September 2009, sind acht deutsche Soldaten verletzt worden. Der US-General Stanley McChrystal hat vor einer Niederlage gewarnt.

Die Kritik an der Arbeit der Bundeswehr geht auf Distanz zu Deutschland / Verteidigungsministerium demonstriert die Infrastruktur der Bundeswehr in Afghanistan.

Scharfe Kritik an der Bundeswehr

Die gefährliche Realität von Kundus

General McChrystal: ohne Verstärkung scheitert die Mission / Berlin fürchtet Forderung nach mehr Truppen

McChrystal warnt vor Niederlage in Afghanistan

Afghanistan: Deutschland schickt mehr Soldaten

Jung verteidigt tödlichen Bombenangriff

Minister verharrt sich gegen Kritik der Nato / US-Kommandeur in Afghanistan: Deutsche scheuen Kampf

Tanklaster zu kommen, sagte er der französischen Presse. Der Verteidigungsminister wollte aber Angaben etwa zum Ablauf seien auf Übermittlungsprobleme zurückzuführen. Das Ministerium wollte aber eingestuften Informationsweiteren „Aufklärung“ Zu diesem könnten Abwehrmaßnahmen gebracht werden. Der

16. September 2009 Als das Wasser in das Fahrzeug schoss, dachte der Soldat auf dem Transportpanzer entwunden sind. Die Sicherheit nach der Explosion fest an den Sitz gezogen. Oberfeldwebel hatte die Augen offen gelassen, um besser reagieren zu können. Er hat



Die Entscheidung war genau richtig. Jung verteidigt tödlichen Bombenangriff

Bundeswehr in Kundus Fassungslosigkeit über die Heimatfront von Stephan Löwenstein, Kundus/Kabul

16. September 2009 Als das Wasser in das Fahrzeug schoss, dachte der Soldat auf dem Transportpanzer entwunden sind. Die Sicherheit nach der Explosion fest an den Sitz gezogen. Oberfeldwebel hatte die Augen offen gelassen, um besser reagieren zu können. Er hat

am Hindukusch

O-Ton aus Afghanistan? Eher ein Alibi. Kritische Distanz? Längst passé. Die deutschen Kriegsreporter lassen sich vereinnahmen und gängeln – und erliegen politisch-militärischer Propaganda.

von ULRICH TILGNER

Wenn unbemannte Flugzeuge in der Bergwelt Afghanistans Aufständische in Höhlen aufspüren und angreifen, kann man davon ausgehen, dass US-Streitkräfte im Einsatz sind. Aber dass Offiziere in Kommandoständen der Luftwaffe in Nordamerika die Drohnen lenken, Raketen zünden und die Geschosse sogar noch bis ins Ziel leiten, überrascht doch. Bis heute werden die Möglichkeiten der modernsten Kommunikationstechniken unterschätzt.

Militärs sind stolz, wenn es ihnen gelingt, ohne Soldaten Krieg zu führen. Vergleichbar groß wäre sicher die Freude in vielen Redaktionen, wenn sie ihre Korrespondenten vor Ort durch Roboter ersetzen könnten. Doch anders als militärische Führungsstäbe versuchen Redaktionen die eigenen Leute so weit wie möglich am Ort des Geschehens zu platzieren. Sind die Mittel vorhanden, wird keine Mühe gescheut, um ihren Einsatz wirkungsvoll zu inszenieren. Denn in Zeiten der Medienkrise gilt es Quoten zu steigern.

Dem Eifer, mit Präsenz eine möglichst große Authentizität zu erzeugen, wird oft das Interesse untergeordnet, die Lage vor Ort abzubilden und zu erklären. Manchmal gelingt es nur, den Schein von Authentizität zu erzeugen. Dieser Mangel aber kann verkraftet werden: Der Korrespondent dient immer häufiger nur dazu, mit seinen Beiträgen Mosaiksteine für ein bereits fertig geplantes Gesamtwerk der Redaktion zu liefern.

Informationen im Überfluss

Die Entwertung der Arbeit an entfernt liegenden Schauplätzen fällt leicht, weil Informationen in den Redaktionen im Überfluss vorhanden sind. Redakteure in der Zentrale nutzen ihre Kenntnis der sogenannten Nachrichtenlage, um die Beiträge über Ereignisse in

anderen Teilen der Welt immer stärker mitzugestalten oder sie gar selbst aus leicht zugängigen Berichten der Agenturen herzustellen.

Korrespondenten werden aufgefordert, für ihre Beiträge bestimmte Aufnahmen zu nutzen oder bestimmte Fakten darzulegen. Diese manchmal dominante Einflussnahme der Redaktionen hat sich schlechend entwickelt. Sie nutzen ihren Informationsvorsprung bei Katastrophen und in Krisenzeiten, um den Anpassungs-

druck auf die Korrespondenten zu erhöhen. Dem standzuhalten, fällt dem Korrespondenten vor Ort

immer schwerer. In Stresssituationen steht nicht mehr das Überprüfen oder Gewinnen von Erkenntnissen im Zentrum der Arbeit, sondern das Verbreiten vorgegebener Informationen. Dies kann weitreichende Konsequenzen haben.

In Stresssituationen steht das Verbreiten vorgegebener Informationen im Zentrum der Arbeit des Korrespondenten.

Überwachung und Zensur

Während der Vorbereitung und im Verlauf des Irakkrieges gab es eine Kette von Falschmeldungen, die verbreitet wurden, ohne dass Korrespondenten vor Ort die Möglichkeit hatten, die Informationen auch nur zu relativieren.

Zu welch absurdem Ritualen diese redaktionelle Steuerung führt, habe ich das erste Mal während des Kuwait-Krieges 1991 erlebt. Allabendlich wurde meinem Beitrag eine Moderatorenbemerkung über die nahezu totale Überwachung und Zensur vorangestellt, der ich angeblich ausgeliefert war. Es dauerte eine Zeit, bis ich mich mit dieser öffentlichen Entwertung

der eigenen Arbeit abgefunden hatte. Immer wieder fragte mich der Moderator in der laufenden Sendung etwa, ob ein Zensor während des Interviews neben

mir stehe. Ich habe dies dann bejaht, weil ich froh war, dass es nicht so war. *Andernfalls wäre das Risiko gestiegen, dass*

der mir tatsächlich zugeteilte Zensor bestraft und mir ein neuer zur Seite gestellt worden wäre, der seine Aufgabe dann ernst genommen hätte.

Auch die Vorbemerkung, dass eingespielte Berichte zensiert seien, hilft dem Zuschauer nicht, sondern führt ihn sogar in die Irre, wenn entsprechende Bemerkungen über die andere Seite der Front unterbleiben.

Während des Kuwait-Krieges liefen Berichte, in denen Angriffe der Amerikaner gemeldet wurden, die es gar nicht gegeben hatte. Generälen wurde eine Plattform geboten, von der aus sie Informationen verbreiten konnten, deren Ziel es war, die Gegenseite zu täuschen. Diese Beiträge wurden gesendet, ohne den

Zuschauern zu erklären, wie die Militärs Journalisten im Informationskrieg zu nutzen versuchen.

Bis heute werden die Bemühungen unterschätzt, die Medien systematisch in militärischen und diplomatischen Konflikten zu instrumentalisieren.

Wachsendes Misstrauen

Die bedeutsamste Konsequenz aus dieser fahrlässigen Berichterstattung ist der Glaubwürdigkeitsverlust westlicher Journalisten vor allem in der arabischen Welt. Al Jazeera und andere arabische Fernsehkanäle verdanken ihm ihre großen Erfolge.

In den achtziger Jahren erhielt ich als Europäer sehr oft Informationen, weil Betroffene den großen Rundfunkstationen wie der BBC, Radio Monte Carlo oder Voice of America vertrauten. Heute stoße ich auf wachsendes Misstrauen. Journalisten werden immer öfter als Vertreter der anderen Seite betrachtet.

Oft vertiefen die Korrespondenten mit ihrem Auftreten die Gräben noch, die in den Jahren zuvor gezogen wurden. Ihr schnelles Auftauchen – immer öfter wie das Klischee des rasenden Reporters aus der letzten Fernsehserie – erschwert einen direkten Kontakt zu Betroffenen. Oft sind die Berichterstatter nahezu gleichzeitig mit den ersten Helfern vor Ort. Wie selbstverständlich beziehen die rasenden Kollegen die ersten Notunterkünfte.

Hilfsorganisationen fördern diese Entwicklung noch, weil sie die Berichterstattung als willkommene PR nutzen. Die Opfer von Kriegen und Katastrophen spüren, dass sie Gefahr laufen, als Kulisse in einer Inszenierung missbraucht zu werden.

Schussweste signalisiert Parteinahme

Beim schnellen Auftritt der Reporter aus den Redaktionspools fehlt die Zeit, Betroffene kennenzulernen, geschweige denn Verständnis für ihre konkreten Nöte aufzubringen. Unter solchen Voraussetzungen bleiben die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ausgeblendet, die vielfach für das Ausmaß der Katastrophen verantwortlich sind.

Dabei ist gerade das Verständnis des anderen Voraussetzung für eine angemessene Berichterstattung. Genaue Kenntnisse der jeweiligen Wirtschaft und Gesellschaft bieten den besten Schutz vor Anfeindungen. Wenn Betroffene vor Kameras ihre Klagegesänge anstimmen, darf diese Form der Zusammenarbeit nicht als Zeichen gewertet werden, dass die ausländischen Medienvertreter

Für die ZDF-Dokumentation »Hilflos am Hindukusch« besuchte Ulrich Tilgner als erster Ausländer die Bewohner des nordafghanischen Dorfes Passi-Ban – in 3.000 Metern Höhe.



Foto: Elisabeth Stimming

akzeptiert sind. In solchen Situationen nutzen Opfer ihre Kulissenfunktion, indem sie das in ihren Augen Beste aus der Situation machen. Dann interessiert gar nicht, dass ein Wehgeschrei angestimmt wird, das der Lage nicht gerecht wird. Diese Nähe bei der Aufnahme, die von taktischen Interessen beider Seiten bestimmt wird, darf nicht mit Gastfreundschaft verwechselt werden.

Dabei hat das Gewähren von Gastfreundschaft im Orient bis heute einen gewaltigen Stellenwert. Wer ohne Zustimmung auftritt, wird vom Fremden zum Feind. In Regionen, in denen das Stammesrecht bis heute gilt, gibt es nur selten eine Möglichkeit, ohne die Zustimmung der dort Lebenden zu arbeiten.

Schusswesten verschaffen Reportern zwar das Gefühl von Sicherheit und verleihen ihrem medialen Auftreten etwas Spektakuläres. Gleichzeitig schaffen Journalisten auf diese Weise aber einen großen Teil der Gefahren, über die sie berichten. Denn in vielen Gesellschaften treten nur Soldaten mit Schusswesten auf. Kommen Journalisten als Teil der Invasoren, werden sie auch als Teil dieser Gruppe wahrgenommen.

Die Armierung wird in der Heimat als Beweis der Gefahr und des Korrespondentenmutes verkauft. Dabei schafft sie vor Ort in einigen Fällen gerade erst die Barriere, die verhindert, dass der Journalist Schutz erhält. Schusswesten und Helme gelten als Zeichen der Parteinaahme. Daran kann auch die Aufschrift »Press« nur selten etwas ändern – mögen die Buchstaben auch noch so groß sein.

Erkaufté Sicherheit

Wird der Schutz nicht mehr im Gastrecht gesucht – wie es der Gepflogenheit im Orient entspricht – so erliegen Journalisten leicht der Versuchung, sich durch Sicherheitsdienste zu schützen. Diese müssen privat angeheuert werden. Doch den meisten Korrespondenten fehlt das Geld, wirkliche Profis zu bezahlen.

In der Regel können die privaten Sicherheitsdienste auch gar nicht helfen. Denn meist handelt es sich vor allem im Irak und in Afghanistan um paramilitärische Organisationen. Diese sind selbst Konfliktparteien, jedoch keine neutralen Instanzen. Erkaufté Sicherheit erschwert oftmals die journalistische Arbeit, anstatt sie zu verbessern. Fehlt das Verständnis in den Heimatredaktionen für den zeitlichen und finanziellen Aufwand, die Menschen vor Ort

Foto: Bildarchiv Tigner



ungepanzert zu erreichen, können Korrespondenten nur eingeschränkt arbeiten. Dadurch sind sie anfällig für starke Bündnispartner, die aus ganz unterschiedlichen Lagern kommen können. Politiker und Militärs sind genauso bereit, diesen Schutz zu bieten wie Aufständische oder Terroristen.

Embedding hat unterschiedliche Formen. Sich bei jemandem einzubetten kann ein Prinzip sein, die Probleme vor Ort zu lösen. Sicherheitsprobleme und Kosten können auf die jeweiligen Bündnispartner abgewälzt werden. Aber ob sich Journalisten nun in einem militärischen Kontext bewegen oder Politiker begleiten – die Restriktionen unterscheiden sich nicht wesentlich.

Die Arbeitsbedingungen ähneln sich und führen zu vergleichbaren Ergebnissen in der Berichterstattung. Denn die Ziele und die PR-Überlegungen von Politik und Militär dürften sich nicht grundsätzlich unterscheiden. Die Einbettung in den Militärverband oder den Politiker-Tross führt dazu, dass andere Quellen kaum erschlossen, oft nicht einmal kennengelernt werden. Leider wird dies in der Öffentlichkeit nicht erkannt und nicht problematisiert.

Autoritäre Regime versuchen, Akkreditierungen oder Sondergenehmigungen zu nutzen, um Auslandskorrespondenten gefügig zu machen. Aber auch

»Schutz im Gastrecht« – Besuch bei Beduinen im Südirak nahe der saudischen Grenze.

Politiker westlicher Staaten können versuchen, die Berichterstattung zu beeinflussen, wenn sie Länder besuchen, aus denen nur unter Schwierigkeiten berichtet werden kann.

Niedrige Schamgrenze

Die Größe seines Journalistentrosses zeigt, wie gut ein Politiker das Instrument der Pressebeeinflussung zu nutzen weiß. Wenn die Reisekosten dann noch von

den Ministerien übernommen werden, ist die Schamgrenze der Medienbegleiter besonders niedrig.

Die Möglichkeit, mit der Bundeswehr vor allem nach Afghanistan zu reisen, wird vordergründig aus Kosten- und Sicherheitsgründen genutzt. Journalisten haben meist nur ein unzureichendes Bewusstsein für die Zugeständnisse, die sie in ihrer Berichterstattung für den Service machen, der ihnen geboten wird.

Journalisten präsentieren Soldaten als Aufbauhelfer, stellen aber nicht die Probleme dar, die deren Auftreten in einem Land wie Afghanistan grundsätz-

lich mit sich bringen. Unabhängige Recherchen vor Ort würden sehr schnell zeigen, dass auch deutsche Soldaten mit ihrem Auftreten Barrieren nicht abbauen, sondern Vorurteile nur zu oft verstärken. Auf diese Weise erfüllen vor allem Journalisten, die mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag arbeiten, ihre Aufgabe nicht, dem Publikum die ferne Wirklichkeit zu zeigen. Im Falle Afghanistans ist diese Art der Berichterstattung besonders bedauerlich, da sie den Charakter des Journalismus verändert. Formen von Kooperationen blühen auf, die in anderen Feldern der Berichterstattung verpönt sind.

Kritische Distanz verkümmert

Die Zuschauer wissen nicht, dass sogar bestimmte Journalisten für die jeweiligen Auslandseinsätze ausgewählt und angefordert werden. Statt Berichte über die Einflussnahme der Politik auf den Journalismus zu fertigen, verkümmert die kritische Distanz. Zwischen Medien und Politik entwickelt sich ein Verhältnis, mit dem die Berichterstattung plan- und berechenbar wird.

Wie von Geisterhand gesteuert, berichten Medienvertreter aus fernen Landen genau dann über die Notwendigkeit zusätzlicher Soldaten, wenn Politiker in der Heimat entsprechende Initiativen ankündigen.

»Verständnis für die konkreten Nöte« aufbringen: In der nordafghanischen Provinz Badakhshan

informiert sich Tilgner über die Lebensbedingungen der Einheimischen.



Foto: Elisabeth Stimming

Im Kontext von Wirtschaftsjournalismus wird dies als Sponsoring und in der Politik als Hofberichterstattung bezeichnet. Dieser Art Journalismus fehlt die Unabhängigkeit, die notwendig wäre, um ein Problembeusstsein zu schaffen.

Der einzelne Journalist kann immer schwerer durchschauen, welch einem Beeinflussungssystem er an einem ihm unbekannten Ort ausgesetzt ist. Zum Beispiel werden Korrespondenten vor Ort von den Presseoffizieren Producer angeboten, die alles vorbereiten, was berichtet werden soll.

Manchmal geht es um mehr, als den Einsatz der Bundeswehr in einem guten Licht erscheinen zu lassen. In solch einem Rahmen werden deutsche Soldaten leichter und leistungsfertiger als Aufbauhelfer in Uniform dargestellt. Zur Inszenierung gehört dann auch, dass Kontakte arrangiert werden zu willfährigen Einheimischen in den Gegenden, in denen deutsche Soldaten operieren.

Mit zweierlei Maß

Auf diese Weise verliert der deutsche Journalismus die notwendige Distanz, die bei militärischen Auslands Einsätzen anderer Staaten oder bei Kriegen ohne deutsche Beteiligung in den vergangenen Jahren existierte. Wurden US-Soldaten im Irak gezeigt, so standen nicht nur deren subjektive Empfindungen im Vordergrund, sondern auch die Wirkung ihres Auftretens.

Dies war vor allem vor, während und nach dem Irakkrieg im Frühjahr 2003 besonders einfach, weil deutsche Soldaten nicht beteiligt waren und die damalige Bundesregierung diesen Krieg ablehnte. Die Rolle der US-Medien beziehungsweise die Regierungsnähe und Parteinahme im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz im Irak wurde von deutschen Journalisten wiederholt kritisiert.

Eine vergleichbare kritische Auseinandersetzung ist hierzulande heute stark unterentwickelt. Die Maßstäbe der damaligen Beurteilung des militärischen Vorgehens liegen Berichten über den Einsatz deutscher Soldaten nur selten zugrunde. Dabei ähneln sich die Probleme bei Einsätzen von Soldaten in Ländern mit anderen Kulturen und Lebensweisen.

Die Deutlichkeit, mit der die Fehler des US-Militäreinsatzes und das Versagen der Regierung in Washington im Irak dargestellt wurden, fehlt in Afghanistan. Dabei haben Luftangriffe auf unbeteiligte Zivilisten im Irak und Afghanistan ähnliche Auswirkungen: In der einheimischen Bevölkerung

steigt die Bereitschaft, gegen ausländische Soldaten zu kämpfen.

Worte wie »feige« und »verbrecherisch« in Medienberichten verraten die Parteilichkeit des Verfassers. Die wahre Entwicklung im Land mit den jeweiligen Problemen und Hintergründen wird auf diese Weise nicht dargestellt. Politiker nutzen solche Worte gern, um eigene Entscheidungen zu rechtfertigen

– und sie einer Kritik zu entziehen. Der militärische Einsatz wird als Konsequenz einer richtigen Politik und nicht als ihr Scheitern dargestellt.

Korrespondenten werden vor Ort von den Presseoffizieren Producer angeboten, die alles vorbereiten, was berichtet werden soll.

Prüfstein Afghanistan

Wie soll der Souverän in der Lage sein, diese Politik zu bestätigen oder zu korrigieren, wenn Journalisten sich zunehmend mit den verantwortlichen Politikern gemeinmachen? Deutsche Politiker und Minister unterscheiden beharrlich zwischen dem vorgeblich friedlichen Einsatz der ISAF-Truppen und den kämpfenden Einheiten Operation Enduring Freedom. Auch die meisten Journalisten tun dies. Aber erst die Information, dass beide Kontingente dem gleichen Kommandeur unterstehen, würde Leser und Zuschauer nicht in die Irre führen, sondern die Komplexität des Afghanistan-Krieges verdeutlichen. Sie würden auch verstehen, warum zunehmend weniger Afghanen bereit sind, zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten der ausländischen Soldaten zu unterscheiden.

Afghanistan entwickelt sich für die deutschen Medien zum Prüfstein. Politikern ist es in den vergangenen Jahren nur mangelhaft gelungen, aus eigenen Fehlern in der Afghanistan-Politik zu lernen und sie zu korrigieren. Wenn Journalisten diese Sicht der Dinge rechtfertigen statt die gebotene Distanz zu Politikern und Militärs zu halten, werden sie genau so versagen wie ihre US-amerikanischen Kollegen im Irak. Diese Mängel dürfen nicht gerechtfertigt werden mit dem Hinweis auf knapper werdende Mittel und die Notwendigkeit zu sparen. Nur die gebotene Unabhängigkeit und der Einsatz eigener Ressourcen ermöglicht eine Berichterstattung, die die Probleme und Schwierigkeiten bei ihrer Lösung zeigt. ■

Ulrich Tilgner ist Korrespondent des Schweizer Fernsehens SF. Er berichtet seit den 80er-Jahren aus dem Orient.

